

# Die Soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell?

*Stefan Leibold*

## 1. Die „Soziale Marktwirtschaft“: Beschwörung eines unklaren Begriffs

Angesichts der zahlreichen wirtschaftlichen und politischen Krisen der letzten Jahre wird der Leitstern der „Sozialen Marktwirtschaft“ heute wieder mit leuchtenden Farben an den politischen Ideenhimmel gemalt. Akteure mit völlig verschiedenem Hintergrund berufen sich auf dieses „deutsche Erfolgsmodell“: So forderte Kanzlerin Angela Merkel 2009 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, die soziale Marktwirtschaft solle Vorbild für die ganze Welt sein. Sie könne nach Überwindung der derzeitigen Wirtschaftskrise zu international verbindlichen Regeln führen, die dann ein „Weltwirtschaftsrat“ kontrollieren solle. Die soziale Marktwirtschaft, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg Wohlstand gebracht habe, sei der alternative dritte Weg zwischen Kapitalismus und Staatswirtschaft. Sie warnte allerdings auch davor, in der derzeitigen Situation die „Marktkräfte zu verzerren.“<sup>1</sup> Dem unvoreingenommenen Zuhörer dürfte sich nicht unbedingt erschlossen haben, was sie konkret vorschlagen wollte und wie die Vorschläge zusammen passen sollen.

Auch für Guido Westerwelle sind „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft ein Grund zum Feiern.“ FDP-Wirtschaftsexperte Brüderle führte aus: „Die Soziale Marktwirtschaft ist der goldene Mittelweg zwischen Laisser-faire und Planwirtschaft. Wenn die drei wichtigsten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft richtig beherzigt werden – Freiheit, Wettbewerb und Fairness – hat jeder die Chance, sein Leben erfolgreich zu gestalten.“<sup>2</sup>

Nicht alle sind allerdings so begeistert: Für Oskar Lafontaine „ist die soziale Marktwirtschaft in der Krise. Sie ist gar keine soziale Marktwirtschaft mehr. ...Denn 'soziale Marktwirtschaft' heißt, dass die große Mehrheit der Bevölkerung, wenn der Wohlstand wächst, beteiligt wird. So platt ist die Definition von sozialer Marktwirtschaft.“<sup>3</sup> Abgesehen davon, dass die Definition vielleicht nur bei Lafontaine so platt ist, bezieht auch er sich letztlich positiv auf das Konzept. Auch die SPD, verschiedene Gewerkschaftsvertreter und unzählige andere Menschen, die sich öffentlich zu Wort melden, beziehen sich in irgendeiner Weise positiv auf die Soziale Marktwirtschaft, ohne dass insgesamt ein einheitliches Konzept, was denn darunter zu verstehen sei, sichtbar wird. „Soziale Marktwirtschaft“ erscheint als ein ausgesprochen unscharfes Konzept, das nichtsdestotrotz auf eine breite Welle der Sympathie stößt bzw. als zukunftssträchtig beschworen wird. Bei der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ erscheint das Konzept sogar als Heilsbringer: „Die Soziale Marktwirtschaft nützt der ganzen Gesellschaft. Sie bringt Fortschritt, mehr Wohlstand, sorgt für eine gute Ausbildung junger Menschen und auch für Schwächere.“<sup>4</sup> Sie stärke Eigenverantwortung und Selbstwertgefühl.

Gleichzeitig sinkt laut Statistiken die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung: Eine aktuelle Untersuchung des Bürgerforums der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass nur noch 31 Prozent der Bürger eine gute Meinung von der sozialen Marktwirtschaft haben. Sie haben Angst vor einer unsicheren Zukunft und fürchten offenbar eine „Parusieverzögerung“.<sup>5</sup>

Auf weit weniger Sympathie stößt dagegen in öffentlichen Diskussionen der deutsche Sozialstaat: Der Philosoph Peter Sloterdijk ist der Meinung, dass die Deutschen in einer Ordnung lebten, die man „als einen massenmedial animierten, steuerstaatlich zugreifenden Semi-Sozialismus auf eigentumswirtschaftlicher Grundlage definieren muss. Offiziell heißt das schamhaft 'Soziale

---

<sup>1</sup> Vgl. Angela Merkel, Rede von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des Weltwirtschaftsforums, 30.1.2009, Quelle: [http://www.bundestkanzlerin.de/nn\\_5296/Content/DE/Rede/2009/01/2009-01-30-merkel-davos-rede.html](http://www.bundestkanzlerin.de/nn_5296/Content/DE/Rede/2009/01/2009-01-30-merkel-davos-rede.html)

<sup>2</sup> Quelle: [http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show\\_article.php/\\_c-1199/\\_nr-13/i.html](http://www.fdp-bundespartei.de/webcom/show_article.php/_c-1199/_nr-13/i.html)

<sup>3</sup> Oskar Lafontaine, Rede: Dies ist keine soziale Marktwirtschaft mehr. Quelle: <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1386837393>

<sup>4</sup> INSM: Soziale Marktwirtschaft. INSM-Argumente und um die Soziale Marktwirtschaft. Quelle: <http://www.insm.de/insm/Themen/Soziale-Marktwirtschaft/INSM-Argumente-rund-um-die-Soziale-Marktwirtschaft.html>

<sup>5</sup> Vgl. <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/akzeptanz-der-sozialen-marktwirtschaft-sinkt-295474/>

Marktwirtschaft'.<sup>6</sup> Im Sozialstaat sieht er eine Tendenz zur „Ausbeutungsumkehrung“: „Lebten im ökonomischen Altertum die Reichen unmissverständlich und unmittelbar auf Kosten der Armen, so kann es in der ökonomischen Moderne dahin kommen, dass die Unproduktiven mittelbar auf Kosten der Produktiven leben - und dies zudem auf missverständliche Weise, nämlich so, dass sie gesagt bekommen und glauben, man tue ihnen unrecht und man schulde ihnen mehr.“<sup>7</sup>

Der „Welt am Sonntag“ - Chefredakteur Thomas Schmid hat die These aufgestellt, der Sozialstaat gehe von einem „ursprünglichen Diebstahl“ aus, den man durch einen „ständigen Gegendiebstahl“ beantworten müsse. „Reichtum ist hier ein Vergehen, und Solidarität ist nur als Zwangsveranstaltung denkbar. Deswegen ist dieses Konzept mit dem Traum von der Bürgergesellschaft nicht vereinbar.“<sup>8</sup>

Und der Berliner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky stellte fest, dass die Unterschicht die Leistungen eh nur versäuft, was den Chef des ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, dazu bewegte, zu schreiben: „Ein falsch konstruierter Sozialstaat, der das Wegbleiben statt das Mitmachen belohnt, hat die Kinder dieser Menschen auf dem Gewissen“.<sup>9</sup>

Soziale Marktwirtschaft ja, Sozialstaat nein? Gehörte nicht beides zum spezifischen deutschen Weg? Und könnte die Soziale Marktwirtschaft nicht das Modell sein, mit dem wir die Krisen von heute lösen? Aber gibt es sie noch? Grundsätzlicher gefragt: Was ist eigentlich „soziale Marktwirtschaft“?

## 2. Vom Ordoliberalismus zur „Sozialen Marktwirtschaft“

### 2.1. Die theoretische Grundlage der „Sozialen Marktwirtschaft“: der „Ordoliberalismus“

Unklar ist, wann der Begriff zum ersten Mal benutzt wurde. Der frühere Nationalökonom und Staatssekretär Alfred Müller-Armack hat ihn laut „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ 1946 benutzt. Im übrigen wird auf den Internetseiten der INSM auch die Frage diskutiert, „ob möglicherweise Müller-Armacks Sekretärin den Begriff kreierte, als sie einen Aktenordner beschriftete.“<sup>10</sup>

Ptak dagegen hält es für möglich, dass der Begriff bereits im Zweiten Weltkrieg „im Zuge der Neuordnungsdebatte im Reichswirtschaftsministerium auf der Suche nach einer eingängigen Wortschöpfung für die wirtschaftliche Nachkriegsordnung“<sup>11</sup> entstand.

Wie dem auch sei: Es ist erstaunlich, wie wenig die theoretischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, die im sogenannten „Ordoliberalismus“ verortet werden können, in öffentlichen Diskussionen thematisiert werden und in der Allgemeinheit bekannt sind.

Wenn man heute von „Neoliberalismus“ spricht, meint man i. d. R. etwas anderes als den deutschen Ordoliberalismus, obwohl dieser lange Zeit mit eben diesem Etikett bezeichnet wurde (z. B. von christlichen Soziallehrern wie Nawroth oder Nell-Breuning). Die Ordoliberalen waren aber von Beginn an z. B. im neoliberalen „think tank“ der „Mont-Pelerin-Society“ vertreten. Der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek hat die besondere Wandlungsfähigkeit des Neoliberalismus als Bestandteil der Evolution von Gesellschaft und Wirtschaft positiv hervorgehoben<sup>12</sup>; kritisch gewendet lässt er sich als „Ideologie der Befreiung des Kapitalismus“<sup>13</sup>

---

<sup>6</sup> Peter Sloterdijk, Die Zukunft des Kapitalismus (8): Die Revolution der gebenden Hand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 13.6.2009.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Thomas Schmid, Der Steuerstaat passt nicht zur Bürgergesellschaft, in: Welt am Sonntag, 15.11.2009.

<sup>9</sup> Vgl. Dorothea Siems: Geld als falsches Signal: Der Sozialstaat fördert Entstehen der Unterschicht, in: Welt am Sonntag 1.11.2009.

<sup>10</sup> <http://www.insm.de/insm/Themen/Soziale-Marktwirtschaft/Wer-hat-den-Begriff-Soziale-Marktwirtschaft-erfunden.html>

<sup>11</sup> Ralf Ptak, Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004, 207.

<sup>12</sup> Vgl. Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, München 1971.

bzw. als Rechtfertigung des Kapitalismus in sich wandelnden historischen Umständen interpretieren. Der Ordoliberalismus lässt sich als Neoliberalismus angesichts der besonderen deutschen Bedingungen verstehen, zunächst der Weltwirtschaftskrise und des Niedergangs der Weimarer Republik. Ptak schreibt: „Der Ordoliberalismus mit seiner besonderen Betonung des 'starken Staates' als Durchsetzungsinstrument liberaler Wirtschaftspolitik ist deutlich beeinflusst vom konservativ-liberalen Entwicklungsstaat Bismarck'scher Prägung. Seine autoritäre Substanz steht in der Tradition des deutschen Nationalliberalismus, und seine sozialpolitischen Vorstellungen knüpfen an das Denken der Liberalen Lorenz von Stein und Friedrich Naumann oder der Kathedersozialisten Gustav von Schmoller und Adolph Wagner an.“<sup>14</sup> Drei Gruppen lassen sich unterscheiden: die Freiburger Schule um Eucken, Böhm und Miksch, den soziologischen Flügel um Rüstow und Röpke und die Gruppe der Praktiker um Erhard und den FAZ-Herausgeber Welter. Ptak rechnet Müller-Armack sowohl der zweiten wie der dritten Gruppe zu.<sup>15</sup>

Worum ging es den Ordoliberalen? Die Krisen der 30er Jahre machte er nicht an strukturellen Problemen des Kapitalismus fest, sondern am Staats- und Politikversagen der Weimarer Republik. Die Ordoliberalen sahen den Staat als Folge der Massendemokratie verklärt durch die partikularen Interessen im Korporatismus. Der interventionistische Staat diene nur diesen Interessen, was zur Desorganisation der Wirtschaft und zum Zerfall der Ordnung führe. Dagegen wollten die Ordoliberalen die Rolle des Staates als unparteiischen Schiedsrichter des ökonomischen Interesses stärken, der sich, um den kurzfristigen interventionistischen Versuchungen zu widerstehen, auf wenige, festgelegte Aufgaben beschränken solle. Die Wirtschaft müsse daher „entstaatlicht“ werden. Der starke Staat müsse über allen Gruppen und Sonderinteressen stehen und Autorität und Führertum beanspruchen. Hier findet sich eine starke autoritäre Disposition bei den Ordoliberalen, die eine gewisse Nähe zum nationalsozialistischen Regime begründete.

Die Spielregeln des Wettbewerbs müssten dem politischen Zugriff von Parteien und Interessengruppen entzogen werden; der Staat soll den Wettbewerb veranstalten, d. h. das Wettbewerbsprinzip umfassend in der Gesellschaft verankern und seine Einhaltung zu gewährleisten. Die konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung sind z. B. für Eucken ein funktionsfähiges Preissystem, der Primat der Währungspolitik, freier Zugang zu den Märkten, Privateigentum an Produktionsmitteln und Vertragsfreiheit.<sup>16</sup> Diese politisch gesetzte Rahmenordnung wird als „ORDO“ bezeichnet. Die Ordoliberalen plädieren für einen Staat mit weitgehenden Interventionsrechten, der unabhängig sein müsse vom politischen Tagesgeschäft oder vom gesellschaftlichen Wollen. Der ordoliberale Ansatz halte eine starke Regierung für nötig: „...und zwar eine athletische, keine fette Regierung“.<sup>17</sup> Unter dem „liberalen Interventionismus“ verstanden die Ordoliberalen also ein Eingreifen nicht entgegen der Marktgesetze, sondern in Richtung der Marktgesetze. Wirtschaftliche Machtkonzentrationen durch Monopole, Kartelle und andere Formen der Marktbeherrschung sollen verhindert werden.

Die (parlamentarische) Demokratie wird im ordoliberalen Denken im Gegenzug praktisch „ökonomisiert“, indem der marktwirtschaftliche Tauschprozess zum demokratischen Verfahren erklärt wird. Marktwirtschaft wird so als beste Form der Demokratie verstanden, Regulierungen stellen in diesem Denken eine Bedrohung der Demokratie dar.

Die Ordoliberalen waren Gegner des traditionellen Bismarckschen Sozialstaates, der gesellschaftliche Risiken kollektiv absicherte. Sie waren nicht gegen staatliche Fürsorge als solche, aber gegen jegliche Umverteilung, die über eine reine Existenzsicherung hinausging. Die Individuen sollten Eigenvorsorge betreiben und Sozialpolitik sollte möglichst marktkonform ablaufen. Röpke sprach im Hinblick auf den Bismarckschen Sozialstaat von einer „staatlich

---

<sup>13</sup> Herbert Schui/Stephanie Blankenburg, Neoliberalismus. Theorie, Gegner, Praxis, Hamburg 2002, 10.

<sup>14</sup> Ptak, a.a.O. 16.

<sup>15</sup> Ebd., 17.

<sup>16</sup> Vgl. Hans-Rudolf Peters: Wirtschaftspolitik, 3. vollst. überarb. und erw. Aufl. München 2000.

<sup>17</sup> Gerhard Schwarz, Marktwirtschaftliche Reform und Demokratie – eine Hassliebe? Überlegungen zur Interdependenz der Ordnungen beim Übergang von der Kommando- zur Wettbewerbswirtschaft, in: ORDO, Bd. 43 (1992), 65-90, 86.

organisierten Massenfürsorge“ und sah in ihr „die Prothese einer durch Proletarismus verkrüppelten und durch Vermassung zerkrümelten Gesellschaft“. <sup>18</sup>

Philip Manow hat den protestantisch-christlichen Hintergrund der Begründer des Ordoliberalismus aufgezeigt: Das protestantische „statusverunsicherte“ Bürgertum habe sich als wirtschaftlich aufgerieben, politisch marginalisiert und konfessionell in die Enge getrieben gesehen. So sei dieses bürgerliche Lager ins Lager der Wohlfahrtsstaatskritik gewechselt und habe den Ordoliberalismus in den 1920er Jahren als seine wirtschaftspolitische Doktrin entwickelt. <sup>19</sup>

Nach 1945 formierte sich der Ordoliberalismus programmatisch wie personell neu und bestimmte mit seinem Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ die wissenschaftlichen und politischen Debatten der Nachkriegszeit. Heute ist „soziale Marktwirtschaft“ zu einem übergreifenden Begriff für einen „sozial gebändigten Kapitalismus, der wirtschaftliche Leistungskraft und sozialen Ausgleich miteinander verbindet“, geworden. <sup>20</sup> Kaum etwas dürfte die Identität der Deutschen so sehr bestimmt haben wie der Glaube an die „soziale Marktwirtschaft“. Aber wie sah die ökonomische und soziale Realität nach dem Zweiten Weltkrieg eigentlich aus? Bedeutete 1945 einen Bruch mit den vorher existierenden ökonomischen Strukturen? Welche Ausgangsbedingungen boten sich der deutschen Wirtschaft 1945? Und sind das „Wirtschaftswunder“ und der steigende allgemeine Wohlstand auf die Wirkung der „sozialen Marktwirtschaft“ zurückzuführen?

## 2.2. Wirtschaftliche Voraussetzungen der „Sozialen Marktwirtschaft“

Werner Abelshäuser hat herausgearbeitet, dass 1945 weder politisch noch ökonomisch von einer „Stunde Null“ in Deutschland gesprochen werden kann. <sup>21</sup> Der Kreislauf der Eliten sei nur kurzfristig unterbrochen worden. Das rasch einsetzende Blockdenken nach dem Zweiten Weltkrieg ließ schnell in den Hintergrund treten, „dass der Zweite Weltkrieg auch als Bruderkrieg zwischen unterschiedlichen Zweigen der kapitalistischen Großfamilie ausgetragen wurde und die Beseitigung 'korporativistischer' Besonderheiten des deutschen Wirtschaftssystems weit oben auf der Liste amerikanischer Kriegsziele stand.“ <sup>22</sup> Deshalb bestanden die USA auch auf Prozessen gegen die vom liberalen Kapitalismus „abgefallenen“ deutschen Industriellen. Allerdings ließ der Kalte Krieg die innerkapitalistischen Auseinandersetzungen schnell in den Hintergrund treten und der Kreislauf der wirtschaftlichen Eliten setzte wieder ein. Die „korporativistischen Tendenzen“, die die USA bekämpfen wollten, sieht Abelshäuser nun gerade nach 1945 wieder aufleben. Für ihn wurde das in Deutschland bis heute geltende soziale System der Produktion bereits im Kaiserreich grundgelegt; 1873 habe es das alte liberale Produktionsregime abgelöst, alle Bestandteile hätten sich seitdem nur schrittweise gewandelt. Seit 1879, so Abelshäuser, löste „auf dem Gebiet der Wettbewerbsordnung das Prinzip der Kooperation das Prinzip der Konkurrenz ab, in der Ordnungspolitik produktive Mobilisierung das *laissez faire*, in der Sozialpolitik korporative Selbstverwaltung die organisierte Selbsthilfe.“ <sup>23</sup> Korporative Repräsentation und Zusammenarbeit ersetzten die Monopolstellung des Parlamentarismus und ein aufgeklärter Protektionismus löste den Freihandel ab. In der Produktion konzentrierte sich die deutsche Wirtschaft auf diversifizierte Qualitätsprodukte. Voraussetzungen dafür waren eine enge Verbindung von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, hoch qualifizierte Stammebelegschaften und eine enge Kundenbindung. Weltmarkt- und Exportorientierung prägten das deutsche Produktionsregime. Das Spezifische des deutschen Modells ist für Abelshäuser eine „Organisation der korporativen Marktwirtschaft“, „in der weder das Individuum noch der Staat den Ton angibt, sondern eine dichte Landschaft von Institutionen und Organisationen, deren Akteure in der Zivilgesellschaft ... zwischen diesen beiden

---

<sup>18</sup> FAZ vom 25.2.1956; zit. nach: Werner Abelshäuser, Wandlungen der Sozialen Marktwirtschaft. Des Kaisers neue Kleider?, Roman-Herzog-Institut (Hg.), München 2009, 25.

<sup>19</sup> Vgl. Philip Manow, Modell Deutschland' as an inter-denominational Compromise. Center for European Studies, Harvard University. CES Working Paper, Program for the Study of Germany and Europe, No. 003 (2000), Cambridge, Mass.; ders., Ordoliberalismus als ökonomische Ordnungstheologie. In: Leviathan 29 (2001), 179-198.

<sup>20</sup> Ptak, a.a.O., 20.

<sup>21</sup> Vgl. zum Folgenden Werner Abelshäuser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004.

<sup>22</sup> Ebd., 23.

<sup>23</sup> Ebd., 30.

Polen zu Hause sind.“<sup>24</sup>

Anfang der 50er Jahre war laut Abelshäuser die deutsche Wirtschaft auf diesen Entwicklungspfad der „korporativen Marktwirtschaft“ zurückgekehrt. M.E. ist diese Kontinuitätsthese erheblich plausibler als Thesen von einem wirtschaftlichen Neubeginn nach 1945.

Die Entscheidung für die kapitalistische Ordnung nach dem Krieg wurde auch nicht von den Menschen in Deutschland gefällt: Die wesentlichen ordnungspolitischen Weichenstellungen erfolgten unter dem Besatzungsregime in den Jahren 1946/47. Der Plan des „Chief of Treasury“ der Roosevelt-Administration, Henry Morgenthau, in Deutschland den Aufbau oder die Erweiterung von Schlüsselindustrien zu verhindern (und damit die amerikanische Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt zu verbessern), konnte sich angesichts der beginnenden Blockbildung nicht durchsetzen. Für den Wiederaufbau Europas und für die Funktion (West-)Deutschlands als westlicher Bündnispartner war die Entfaltung der Wirtschaftskraft Deutschlands unverzichtbar. Unter dem amerikanischen Gouverneur General Clay wurde die praktische Entscheidung für eine liberale Wirtschaftsordnung getroffen. Clay schrieb 1947 an seinen Wirtschaftsreferenten angesichts der Diskussion um Alternativen zur kapitalistischen Option: „Die Zeit ist auf unserer Seite. ... Wenn wir daher die Angelegenheit herauszögern können, während die freie Unternehmerwirtschaft fortfährt zu arbeiten und wirtschaftliche Verbesserungen sich einstellen, dann wird sich die Frage dem deutschen Volk vielleicht gar nicht mehr stellen.“<sup>25</sup> Während Sozialisierungsbestrebungen, die bei der deutschen Bevölkerung auf große Sympathie stießen, unterbunden wurden, entwickelten die US-Behörden die Grundlagen für die liberale Währungsreform.

Wichtige Faktoren für die schnelle Durchsetzung kapitalistischer Strukturen waren auch, dass Ludwig Erhard im entscheidenden Gremium für wirtschaftspolitische Entscheidungen, der Verwaltung für Wirtschaft (VfW), ab März 1948 über eine große, nicht demokratisch kontrollierte Machtfülle verfügte und dass Akteure, die oppositionell hätten aktiv werden können wie die Gewerkschaften, sich durch die Zerschlagung im Nationalsozialismus erst im Wiederaufbau befanden.

Laut Ptak waren es vier ineinandergreifende Faktoren, die die Durchsetzung der Marktwirtschaft in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bewirkten: „*Erstens*, die Blockade der auf breite Zustimmung treffenden ordnungspolitische [sic!] Alternativen, vor allem die gemeinwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft und ihre demokratische Lenkung; *zweitens* die gezielte politische und institutionelle Förderung marktwirtschaftlicher Kräfte; *drittens* die überaus schlechte sozioökonomische Lage infolge eines desolaten Bewirtschaftungssystems...und *viertens* die propagandistische Flankierung dieses Prozesses durch das Ideologem des ökonomischen Totalitarismus, unter dem gleichermaßen demokratische Wirtschaftslenkung, autoritäre Planwirtschaft und nationalsozialistische Kriegswirtschaft subsumiert und zugleich diskriminiert wurden.“<sup>26</sup> Als am 1.9. 1948 der Parlamentarische Rat zusammen trat, um eine Verfassung auszuarbeiten, war über die wirtschaftliche Ordnung in der Praxis längst ohne demokratische Legitimation entschieden worden.

Aber sprechen nicht die „wirtschaftlichen Verbesserungen“, das deutsche „Wirtschaftswunder“, das die Identität der Deutschen mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu einem großen Teil begründete, für den Erfolg dieses Konzeptes?

Tatsächlich war die ökonomische Ausgangsposition in Deutschland 1945 ausgesprochen gut<sup>27</sup>: Die Aufrüstungsprogramme der Nationalsozialisten hatten für einen industriellen Modernisierungsschub gesorgt. Im Mai 1945 war das Bruttoanlagevermögen im Vergleich zu 1936 um rund 20 Prozent angewachsen.<sup>28</sup> Die Kriegsschäden wurden von den Betrachtern völlig

---

<sup>24</sup> Ebd., 41.

<sup>25</sup> Zitiert nach John Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949, Frankfurt/M 1971, 225, von mir zitiert nach Ptak, a.a.O., 237.

<sup>26</sup> Ptak, a.a.O., 247.

<sup>27</sup> Vgl. zum Folgenden Abelshäuser, a.a.O. Kap. II. und III.; Rolf Kregel, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik 1924-1956, Berlin 1958.

<sup>28</sup> Ablshäuser a.a.O., 71.

überschätzt: Die meisten Angriffe auf Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie waren in der Hauptsache kostspielige Fehlschläge. 1944 auf dem Höhepunkt der alliierten Luftangriffe wurden nur 6,5% aller Werkzeugmaschinen beschädigt, davon ganze 10 Prozent unbrauchbar gemacht. In der Stahlindustrie waren nur einige Hochöfen und einige Maschinen zerstört worden. Es war schwierig und verlustreich, die Rüstungsindustrie aus der Luft zu treffen. Deshalb gingen die Alliierten zu Flächenbombardements von Wohnanlagen über, um die Kriegswirtschaft mittelbar zu treffen und die Bevölkerung zu zermürben. „Auf die Zivilbevölkerung und auf Verkehrseinrichtungen fielen jeweils siebenmal mehr Bomben als auf die Rüstungsindustrie. ... Nur dort, wo Werk und Stadt im Gemenge lagen, wie Krupp in Essen oder die BASF im Raum Ludwigshafen/Mannheim, traf diese neue Strategie auch direkt die Kriegswirtschaft – als 'Kollateralschäden' der Angriffe auf die Zivilbevölkerung.“<sup>29</sup> Auch qualifizierte Arbeitskraft stand reichlich zur Verfügung. Im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet kamen zwischen 1946 und 1948 ca. 1,5 Millionen Zuwanderer an. Zwischen 1950 und 1962 verstärkten 3,6 Millionen meist gut qualifizierte Übersiedler aus der DDR das Arbeitskräftepotenzial. Die Flüchtlinge waren i.d.R. besonders arbeitswillig, die Gewerkschaften waren schwach und durch das hohe Arbeitsangebot konnten die Löhne niedrig gehalten werden.

Keine besondere Rolle für den Aufschwung spielten, so Abelshäuser, Währungsreform und Marshallplan: Die Währungsreform konnte auf gut gefüllte Lager zurückgreifen. Viele Waren waren für die Hortungslager produziert worden und warteten nur auf gute Preise, um verkauft werden zu können. Insgesamt wurden mit der Währungsreform 93,5 Prozent des alten Reichsmarksvolumens aus dem Verkehr gezogen. Während die Guthaben der Lohnempfänger und Sparer fast vollständig vernichtet wurden, blieb das Produktivvermögen unangetastet. Die Schulden der Sachkapitalbesitzer wurden um 90 Prozent reduziert. Damit war die Basis für die immer ungleicher werdende Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik gelegt.

Die Marshallplanlieferungen hatten keine entscheidende Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufschwung. „Sie kamen zu spät, um als Initialzündung eines Aufschwungs wirken zu können, der längst mit eigenen Mitteln in Gang gesetzt worden war.“<sup>30</sup>

Steigende Preise und Lebenshaltungskosten sowie steigende Arbeitslosigkeit hatten aber bis 1950 die Stimmung verschlechtert, als der Koreakrieg und die damit verbundene weltweite Aufrüstung sich als äußerst günstig für die westdeutsche Wirtschaft erwiesen. Sie hatte noch freie Kapazitäten und konnte den weltweiten Anstieg der Nachfrage bedienen. Die Korea-Krise „wirkte wie eine Initialzündung für den langanhaltenden Aufstieg der bundesdeutschen Industrie.“<sup>31</sup>

Die schnelle Ausweitung der Märkte und die intra-industrielle Arbeitsteilung im gemeinsamen EG-Markt sowie die Abwertung der DM gegenüber dem Dollar um 20 Prozent 1949 waren weitere Faktoren für das Gelingen des Wirtschaftsaufschwungs in Westdeutschland.

Nicht die Theoreme der „sozialen Marktwirtschaft“ sorgten dabei für den Aufschwung, sondern gerade der praktische Verzicht auf ordoliberalen Dogmatik: Die Erhard'sche Wirtschaftspolitik lässt sich in der Nachkriegszeit eher als pragmatischer „Policy-Mix“ charakterisieren. Selbst die Liberalisierung von 1948 funktionierte nur deshalb, weil die Preisfreigabe auf die Konsumgüter beschränkt blieb und entscheidende bedarfsdeckende Bereiche der Volkswirtschaft wie die Wohnungswirtschaft und die Energie-, Grundstoff- und Agrarsektoren zunächst ausgenommen wurden.

Mit dem Wirtschaftswunder hat die „soziale Marktwirtschaft“ also wenig zu tun; in Bezug auf die Bedienung der Interessen der besitzenden Schichten und in der Grundlegung größerer sozialer Ungleichheiten in der Bundesrepublik kann man sie allerdings erfolgreich nennen. Warum konnten die Ordoliberalen mit ihren Theoremen dann überhaupt eine so hohe Durchschlagskraft entwickeln?

### 2.3. Die Durchsetzung der „Sozialen Marktwirtschaft“

---

<sup>29</sup> Ebd., 69.

<sup>30</sup> Ebd., 136.

<sup>31</sup> Ptak, a.a.O., 269.

Die Ordoliberalen konnten nach 1945 mit ihrer Programmatik an zwei Grundstimmungen der Nachkriegszeit anknüpfen: mit ihrem Antikollektivismus und der Betonung der Verantwortung des Einzelnen an den verbreiteten Antikommunismus und mit ihrer Monopolkritik am Antikapitalismus, der nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus bei weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden war. Wie wurde die soziale Marktwirtschaft in die Praxis implementiert?

Auf der einen Seite war es ein großer Vorteil, dass die soziale Marktwirtschaft als offenes Konzept mit einem hohen Maß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gegenüber sich verändernden Bedingungen ausgearbeitet wurde. Besonders Müller-Armack stand für diesen flexiblen Ansatz. Seine „soziale Irenik“ strebte eine Versöhnung bzw. einen Ausgleich zwischen den Klassen an und beinhaltete die Vorstellung einer harmonischen Marktgesellschaft, in der alle Gegensätze überwunden sind. Einige Beispiele für seine flexiblen Reaktionen in Bezug auf (wirtschafts-)politische Maßnahmen: 1947 stellte er eine größere Verteilungsgerechtigkeit in Aussicht; 1962 kritisierte er die Monopolkritik als überholt; angesichts der Rezession 1966/67 forderte er eine expansive Konjunkturpolitik auf der Grundlage von „deficit spending“; 1976 angesichts der Ölkrise warnte er vor der Beschneidung der unternehmerischen Autonomie, sah den Sozialismus vordringen und forderte die institutionelle Absicherung der Marktwirtschaft in der Verfassung. Mit ordoliberalen Vorstellungen hatte das nicht immer viel zu tun; vielmehr changierte er (erfolgreich) zwischen ordoliberalen Grundsätzen und sozialstaatlicher Politik.<sup>32</sup>

Der eigentliche Kern der sozialen Marktwirtschaft besteht daher im Wesentlichen auf der Verteidigung der Marktwirtschaft als leitendem Ordnungsprinzip.

Zur Durchsetzungsgeschichte „der sozialen Marktwirtschaft“ gehört auch der Aufbau eines umfassenden ordoliberalen Netzwerks in Politik, Wirtschaft und Publizistik: Ptak benennt in diesem Zusammenhang „vier durch personelle Netzwerke verknüpfte Säulen“<sup>33</sup>: zum einen wurde die „soziale Marktwirtschaft“ von politischen Akteuren getragen, namentlich von der CDU, die 1949 mit dem Bekenntnis zur „sozialen Marktwirtschaft“ in den Bundestagswahlkampf zog, nachdem sie sich von antikapitalistischen Impulsen aus dem Ahlener Programm von 1947 verabschiedet hatte. Mit dem Godesberger Programm von 1959 bewegte sich auch die SPD allmählich in Richtung „soziale Marktwirtschaft“.

Zum zweiten wurde das Konzept durch das Bundesministerium für Wirtschaft (BMW) institutionell abgesichert: Erhards straffe, auf seine Person zugeschnittene Führung des Ministeriums setzte die bedingungslose Unterstützung aller Mitarbeiter voraus.

Die dritte Säule bestand in der gezielten Auswahl von Zeitungen und Journalisten. Ein kleiner Kreis wurde mit detaillierteren Informationen versorgt, die anderen Journalisten verwehrt wurden. Besonders die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) und die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ), aber auch das „Handelsblatt“ wurden Sprachrohre der „sozialen Marktwirtschaft“.

Die vierte Säule bestand aus einer wissenschaftlichen Infrastruktur, die gezielt aufgebaut wurde: Das BMW unterstützte den Aufbau wissenschaftlicher Institute, die der „sozialen Marktwirtschaft“ positiv gegenüber standen.

Alle vier Säulen wirkten zusammen in der Aufgabe, die „soziale Marktwirtschaft“ und ihre (vermeintlichen) Erfolge in Bezug auf den allgemeinen Wohlstandsgewinn in der Bundesrepublik in den Köpfen der Bürger zu verankern. Hervorzuheben ist das Projekt „Die WAAGE“, das die Idee verfolgte, die Mittel der modernen Werbung nicht nur für Konsumprodukte, sondern auch für „politische Produkte“ einzusetzen. Die „soziale Marktwirtschaft“ und insbesondere die Person Ludwig Erhards wurden durch Public Relations systematisch beworben. Botschaften wie „Zum Wohlstand Aller durch geeinte Kraft/führt die Soziale Marktwirtschaft“ sollten die Bevölkerung für Erhard und seine Politik einnehmen.<sup>34</sup> M. E. ist diese in Deutschland erstmals praktizierte Form der Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Hinblick auf ein bestimmtes politisches Konzept für

---

<sup>32</sup> Ebd., 212 ff.

<sup>33</sup> Vgl. ebd., 251 ff.

<sup>34</sup> Dirk Schindelbeck/Volker Ilgen, „Haste was, biste was!“ Werbung für die Soziale Marktwirtschaft, Darmstadt 1999, 110. Von mir zitiert nach Ptak, a.a.O., 282.

den Mythos der „Sozialen Marktwirtschaft“ bis heute von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Was die Ordoliberalen nun in der Bundesrepublik erreichten, war, dass der parteipolitische Einfluss in vielen Bereichen eingeschränkt wurde: dass Interventionen in die Wirtschaft auf spezialisierte Institutionen wie die Bundesbank oder das Kartellamt übertragen wurden und dass die Konfliktparteien von Arbeit und Kapital durch Instrumente des institutionalisierten Interessenausgleichs, durch paritätische Mitbestimmung, Tarifpartnerschaft und „freundschaftliche Einigungen“ zu einvernehmlichen Konfliktlösungen außerhalb des Parlamentarismus kamen. Diese spezifisch deutsche Mischung aus staatlichem Wächteramt über die Ökonomie und der „Verhandlungsdemokratie“ wird daher oft als „Modell Deutschland“ bezeichnet.

Statt eines „vollkommenen Wettbewerbs“ auf dem Markt kam es in der Bundesrepublik allerdings zu einer hohen Konzentration in der Wirtschaft, statt der Zahl der Selbständigen stieg die Zahl der abhängig Beschäftigten rapide an. In diesem Sinne wurden offizielle ordolibérale Hauptziele verfehlt.

Was den Ordoliberalen auch nicht gelang, war, den Weg in den Sozialstaat aufzuhalten. Ihr Credo, dass der Markt an sich schon sozial sei, blieb praktisch ungehört. Trotz intensiver Gegenmobilisierung gegen den „Versorgungsstaat als modernem Wahn“ (Erhard) wurden in der frühen Bundesrepublik die seit dem Kaiserreich beschrittenen sozialstaatlichen Pfade fortgeschrieben und ausgebaut, nicht zuletzt mit der Rentenreform von 1957. Deutschland wurde zu einem gut ausgebautem Wohlfahrtsstaat, mit dem sich viele Bürger lange Zeit identifizieren konnten und der vermutlich (gegen die Intention der Ordoliberalen) zu einem nicht geringen Anteil für die hohe Wertschätzung der „Sozialen Marktwirtschaft“ verantwortlich war und ist.

#### 2.4. Katholischer Segen? Ein paar kurze Anmerkungen zum Verhältnis katholischer Soziallehre zur „sozialen Marktwirtschaft“

Beim ersten Direktor des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften in Münster und späterem Kardinal, Joseph Höffner, stießen die Ordoliberalen mit ihrem Programm durchaus auf Zustimmung. Höffner hielt die Marktwirtschaft für die „richtige Grundform der Wirtschaftsordnung“.<sup>35</sup> Er sah die „soziale Marktwirtschaft“ als erstrebenswert an und setzte sie vom „früheren Kapitalismus“ ab. Für ihn „kann nur Böswilligkeit behaupten, die soziale Marktwirtschaft sei kapitalistische Ausbeutung.“<sup>36</sup> 1955 erstellten Höffner und drei andere prominente Sozialwissenschaftler im Auftrag von Bundeskanzler Konrad Adenauer ein Gutachten zur Neuordnung der sozialen Leistungen, in dem sie ein eindeutiges Plädoyer für den Sozialstaat ablegten, aber auch eindringlich vor dem „Versorgungsstaat“ warnten, der die Bürger entmündige. Von einem „Versorgungsstaat“ konnte allerdings insbesondere 1955 keinesfalls die Rede sein. Andererseits betonte Höffner auch immer, Ziel der Wirtschaft sei „nicht die unaufhörlich wachsende Güterversorgung, sondern der Dienst an den gesamt menschlichen, vor allem auch an den sozialen Werten.“<sup>37</sup> Praktisch darf er jedoch als einer der katholischen Wegbereiter der Akzeptanz der „sozialen Marktwirtschaft“ gelten.

Wesentlich skeptischer sah das der Frankfurter Jesuit Oswald von Nell-Breuning. Für ihn beinhaltete die *soziale* Marktwirtschaft „eine Wirtschaftspolitik, die ausgerichtet ist auf eine sozial befriedigende Bedarfsdeckung.“ Sie fordere „eine bewusste Steuerung des Wirtschaftsablaufs auf das Ziel der sozial befriedigenden Einkommensverteilung hin.“<sup>38</sup> Auch in seiner Schrift „Neoliberalismus und katholische Soziallehre“ schrieb er den Ordoliberalen ins Stammbuch: „Der Satz, eine gute Wirtschaftspolitik sei die beste Sozialpolitik, stellt unseres Erachtens die Dinge genau auf den Kopf. Richtig muss es heißen: ob eine Wirtschaftspolitik gut oder schlecht ist,

---

<sup>35</sup> Joseph Höffner, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik. Richtlinien der katholischen Soziallehre. Eröffnungreferat bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda, 23.9.1985, 24.

<sup>36</sup> Ebd., 22.

<sup>37</sup> Joseph Höffner, Christliche Gesellschaftslehre, 7. Aufl. Kevelaer 1978, 160 f.

<sup>38</sup> Oswald von Nell-Breuning, Einkommensgestaltung in der sozialen Marktwirtschaft. Referat, gehalten vor dem Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft am 23.9.1950, in: Die Neue Ordnung 4 (1950), 505-512, 505.

bestimmt sich danach, wieviel oder wie wenig sie beiträgt zu einer befriedigenden, an ethisch-kulturellen Maßstäben gemessen positiv zu bewertenden *Gestaltung* des sozialen Lebens.“<sup>39</sup> Die Wertmaßstäbe könnten nicht aus der Wirtschaft selbst gewonnen werden. Sozial mussten für ihn die *Ergebnisse* der Wirtschaft sein, um von einer „sozialen Marktwirtschaft“ sprechen zu können. Mir scheint, dass diese kritischen Anfragen an die „soziale Marktwirtschaft“, die er in seinen Schriften oft mit Anführungszeichen versah, in der Diskussion in katholischen Kreisen heute kaum bekannt sind.

### 3. Die Angriffe auf den deutschen Sozialstaat seit den 90er Jahren – die „soziale Marktwirtschaft“ als rettende Alternative?

Seit den 90er Jahren wird vielerlei Kritik am Sozialstaat laut (s. auch oben in der Einleitung.): Der Sozialstaat sei nicht mehr bezahlbar und schwäche die Eigeninitiative der Betroffenen. Seit den 90er Jahren gibt es in den meisten westlichen Staaten Tendenzen einer „bedingten Leistungsgewährung“. Die Pflichten der Leistungsempfänger werden gegenüber einem Rechtsanspruch auf Leistungen betont. Die Entwicklung tendiert zu Grundversorgungsmodellen bzw. einer Minimalabsicherung in den gesetzlichen Sicherungssystemen. Elemente der privaten Risikoabsicherung und der Marktsteuerung sowie privater Dienstleister werden verstärkt. Leistungen des Sozialstaats sollen nur noch diejenigen erhalten, die Hilfe *wirklich* brauchen. Dies geschieht vor dem Hintergrund steigenden (privaten) Reichtums und bewusst geleerter (öffentlicher) Kassen. Flankiert werden diese Tendenzen von einer Missbrauchsdiskussion in Bezug auf den Sozialstaat, die sich empirisch aber kaum fundieren lässt.<sup>40</sup> Die „Eigeninitiative“ oder „Eigenverantwortung“ der Betroffenen soll gestärkt werden. Praktisch bedeutet das einen zunehmenden Druck auf die (zukünftig) Arbeitslosen, unter Androhung von Sanktionen *jede* Arbeit, sei sie noch so schlecht bezahlt, prekär oder vom Tätigkeitsfeld weit entfernt von der ursprünglichen Berufsausbildung, anzunehmen. Viele Arbeitende werden damit zu „working poor“, die zwar eine bezahlte Arbeit haben, davon aber nicht leben können und unter dem (sozio-kulturellen) Existenzminimum liegen.

Offenbar befreit sich der „aktivierende Sozialstaat“, so die offizielle neue Philosophie, von denen, die für das Funktionieren des Kapitalismus nicht (mehr) gebraucht werden. Die Opfer dieser Politik werden für ihr Schicksal selbst verantwortlich gemacht und müssen Kürzungen ihrer Leistungen hinnehmen.

Dass diese Angriffe auf den Sozialstaat, der als Kernstück der Identifikation vieler Bürger mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ gelten kann, tatsächlich zu einer Erosion von Solidarität und auch zu einem Vertrauensverlust in die Ordnung der Bundesrepublik geführt haben, scheint mir plausibel (vgl. die Umfrage zur Akzeptanz der „sozialen Marktwirtschaft“ oben). Die entscheidende Frage für die Verteidiger des deutschen Sozialstaats ist heute, welches Konzept zukunftsweisend ist. Kann es das Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ sein?

Wie ich versucht habe zu zeigen, ist die „soziale Marktwirtschaft“ ursprünglich ein Konzept des Ordoliberalismus, eines Strangs des internationalen Neoliberalismus, gewesen, der dieses Konzept unter den spezifischen historischen Umständen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat. In der Praxis allerdings wurden die Theoreme des Ordoliberalismus der jeweiligen Wirklichkeit oft flexibel angepasst. Diese Flexibilität liegt in der wesentlichen Funktion des Konzepts begründet: nach 1945 den Kapitalismus in Deutschland gegen die Vorbehalte größerer Teile der Bevölkerung wieder salonfähig zu machen. In der Praxis wurden die ordoliberalen Vorstellungen mit der Wiedereinführung des Bismarckschen Sozialstaats konfrontiert, dessen Wiedereinführung und Ausweitung die Ordoliberalen nicht verhindern konnten. Angesichts dieser Entwicklungen wird verständlich, warum die Verständnisse von „sozialer Marktwirtschaft“ je

<sup>39</sup> Ders., Neoliberalismus und katholische Soziallehre, in: Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, hrsg. von Patrick M. Boarman, Stuttgart 1955, 101-122, 116.

<sup>40</sup> Vgl. z. B. die Broschüre der Pax Christi-Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“: Ökonomische Mythen der Gegenwart, Impulse 16, Bad Vilbel 2007.

nach dem, welches Element man betonen will, deutlich voneinander abweichen können.

Die historischen Ausgangsbedingungen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg waren günstig: eine modernisierte Wirtschaft mit einem großen qualifizierten Arbeitskräfteangebot, zu dem günstige außenwirtschaftliche und außenpolitische Bedingungen kamen. So konnten die wirtschaftlichen Erfolge nicht zuletzt dank einer groß angelegten medialen Kampagne und der Schaffung effektiver Netzwerke mit der „sozialen Marktwirtschaft“ in einen direkten Zusammenhang gebracht werden. Dass die „soziale Marktwirtschaft“ das Wirtschaftswunder geschaffen und den Deutschen „Wohlstand für alle“ geschenkt hat, konnte nachhaltig im Bewusstsein der Nachkriegsgenerationen verankert werden.

Von der Sache her könnte man die „soziale Marktwirtschaft“ als „sozialpolitisch gezügelten Neoliberalismus unter günstigen historischen Bedingungen“ bezeichnen. Kann dieses „Modell Deutschland“ heute zumindest für diejenigen, die aus Gründen sozialer Gerechtigkeit an einem solidarisch organisierten Sozialstaat interessiert sind, zukunftsweisend sein?

Der Neoliberalismus, der in neuem Gewand in den letzten Jahrzehnten in die politische und mediale Offensive gegangen ist, hat für einen Sozialabbau gesorgt, der besonders die schwächeren Gesellschaftsmitglieder getroffen, aber auch zur Erosion der Mittelschichten beigetragen hat. Diese Politik fortzusetzen ist nicht wünschenswert. Anders gesagt, das ordoliberalen Erbe der „sozialen Marktwirtschaft“ scheint mir durchaus verzichtbar.

Die Bewahrung eines nach solidarischen Prinzipien organisierten Sozialstaats scheint mir dagegen durchaus erhaltenswert. Der Sozialstaat sollte gegen seine Ankläger verteidigt und weiter entwickelt bzw. ausgebaut werden. Das Sozialversicherungssystem sollte gestärkt, demokratisiert und solidarischer finanziert werden. Der Ökonomisierung von Gesundheit und Bildung sollte auf allen Ebenen entgegengewirkt werden. Und die Arbeitsmarktpolitik des „aktivierenden Sozialstaats“ sollte kritisch reflektiert und die Verfestigung von Armutsprozessen durch Hartz IV rückgängig gemacht werden. Weniger bewahrenswert erscheinen die Orientierung des deutschen Sozialstaats an der männlichen Normalerwerbsbiographie und die traditionellen Rollenmuster, die ihm zugrunde liegen. Geld nämlich ist genug da. Dass die öffentlichen Kassen leer gemacht wurden für das Wachstum des privaten Reichtums, ist eine politische Entscheidung und kein Sachzwang. Der private Reichtum zahlt aber z. B. keine Sozialversicherungsbeiträge; hier liegt in der Tat eine Gerechtigkeitslücke vor.

Die günstigen historischen Ausgangsbedingungen wie Ende der 40er Jahre kommen nicht wieder. Wenn nicht alles täuscht, werden die nächsten Jahrzehnte von Krisen geprägt sein, für die dauerhafte Lösungen nicht in Sicht sind. Wenn Robert Kurz recht hat und die Aufblähung der Finanzmärkte ein Krisenbewältigungsversuch des Kapitalismus sind angesichts der Tatsache, dass ihm seine „Substanz“, die Lohnarbeit, durch die mikroelektronische Revolution allmählich abhanden kommt, wird die Krise des Kapitalismus möglicherweise irreversibel sein.<sup>41</sup> Die Zerstörung der natürlichen Umwelt ist dies wahrscheinlich bereits. Angesichts dieser Krisentendenzen, der Angriffe auf den Sozialstaat und der Schwäche oppositioneller Kräfte macht die Berufung auf ein Konzept, dessen Hauptfunktion in der Legitimierung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg bestand und dessen Substanz je nach Interesse völlig unterschiedlich interpretiert wird, in der heutigen Situation keinen Sinn. „Soziale Marktwirtschaft“ war nie der „dritte Weg“ zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus, als den ihn Kanzlerin Merkel und FDP-Politiker hinstellen, sondern eine Spielart des Kapitalismus in schwierigen Zeiten. Wegen der besonderen historischen Konstellationen ist sie auch nicht einfach auf die ganze Welt übertragbar und nicht ohne weiteres erweiterbar auf eine „öko-soziale Marktwirtschaft“, wie das Sozialwort der Kirchen von 1997 glaubte. Sie hat auch nicht der ganzen Gesellschaft genützt, wie die INSM behauptet, sondern insbesondere den Kapitalbesitzern und wirtschaftlichen Eliten – und wenn es um den Ausbau des Sozialstaats ging, geschah dies gegen die Intention ihrer Gründungsväter. In diesem Sinne knüpft die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ mit ihren Kampagnen gegen den Sozialstaat an die Tradition der Ordoliberalen nahtlos an.

---

<sup>41</sup> Vgl. Robert Kurz, Die Himmelfahrt des Geldes. Strukturelle Schranken der Kapitalverwertung, Kasinokapitalismus und globale Finanzkrise, in: Krisis 16/17, 1995.

Es erscheint mir auch wenig ertragreich, die „soziale Marktwirtschaft“ neu erfinden zu wollen, weil der Grundgedanke, irgendwie „Marktwirtschaft“ mit „sozialem Ausgleich“ zu verbinden, attraktiv erscheint. Altvater ist zuzustimmen, wenn er die begriffliche Trennung von „Kapitalismus“ und „Marktwirtschaft“ ablehnt, weil in unserer Gesellschaftsform Tauschverhältnisse und Produktionsverhältnisse eine Einheit bilden: „Der Markt ist also ein Medium der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit in der Zirkulation, die ...unter einzelkapitalistischer Hoheit des Unternehmens als herrschaftliche Veranstaltung in der Produktion beginnt und sich im Allgemeinen in der Gesellschaft als komplexer Tauschprozess zwischen formell freien Individuen fortsetzt.“<sup>42</sup> Die Arbeitsteilung in der Produktion und im Warenaustausch bis hin zur Globalisierung des Weltmarkts stellt eine Einheit dar, die durch die kapitalistische Form zusammengehalten wird. Wer von „Kapitalismus“ nicht sprechen will, unterschlägt also die der Gesellschaft inhärenten Machtverhältnisse. Von „sozialem Kapitalismus“ als Modell zu sprechen wäre also genauer. Aber wie ist ein „sozialer Kapitalismus“ vorstellbar? Weder ist er am Reißbrett modellierbar noch ist der Kapitalismus von sich aus „sozial“, ohne die Möglichkeit eines weltweiten „Wohlstands für alle“, die der Kapitalismus als dynamische Kraft vorangetrieben hat, bestreiten zu wollen. Aber das Soziale im Sinne einer Verbesserung der Lebenssituation derjenigen, die davon abhängig sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, musste *gegen* die Logik des Kapitalismus immer neu erkämpft werden. Und so ist es bis heute.

#### 4. Fazit

Wer heute die „soziale Marktwirtschaft“ zurück will oder neu einfordert, hängt entweder nostalgischen Träumen nach oder benutzt diesen Terminus, um seine Interessen und tatsächlichen Absichten intransparent zu machen (siehe die Beispiele in der Einleitung). Es ist daher für diejenigen, die an einer sozial gerechteren Gesellschaft mitarbeiten wollen, Zeit, diesen Begriff zu beerdigen. Dabei, fürchte ich, ist auszuhalten, dass ein anderer positiver Begriff einer solidarischen und demokratischen Gesellschaftsordnung (noch) nicht zur Verfügung steht. Eine „andere Welt ist möglich“, aber für ein Leitbild, das die Massen bewegen könnte, ist es offenbar zu früh. Deshalb schlage ich vor, eine Forderung von Nell-Breuning heute wieder aufzunehmen, die deutlich macht, worum es geht: „den Kapitalismus umbiegen“ - um zu einer solidarischen und demokratischen Welt zu gelangen.

*(erschien in: ethikundgesellschaft, ökumenische zeitschrift für sozialethik 2/2010)*

---

<sup>42</sup> Elmar Altvater, Kapitalismus oder Marktwirtschaft? Eine alte Frage verlangt neue Antworten, Teil 7 der Serie „Marx neu entdecken“, in: marx21, Heft 10, April 2009.